

Sogenannte "Flüchtlinge" machen Urlaub in ihrer Heimat

Manche Dinge dauern lange, zumindest bei einigen Vertretern der Altparteien, wenn sie ein gewisses Problemverständnis entwickeln. Bundesinnenminister Seehofer fand nun für sich heraus, dass viele "Flüchtlinge" erst angaben vor Krieg und Terror nach Deutschland geflüchtet zu sein, um dann in ihren Heimatländern auf Staatskosten Urlaub zu machen. Im Ergebnis heißt das: Der deutsche Steuerzahler trägt die Kosten des Aufenthalts in Deutschland und zahlt noch den Urlaub in der Heimat.

Seehofer bringt Abschiebungen für solche Asylbewerber z.B. aus Syrien ins Spiel, die nach ihrer angeblichen Flucht regelmäßig aus privaten Gründen dorthin zurückkehren. Dem müssen wir seinen Flüchtlingsstatus entziehen", sagte er gegenüber der Presse. Dabei blendet er aus, dass er einer der Parteien angehört, die für die Masseneinwanderung überhaupt verantwortlich sind. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoller die Wiedereinreise nach Deutschland zu verhindern.



In den Niederlanden gilt seit August ein Verbot für Burkas und Nikabs. Die Mehrheit der Deutschen plädiert für ein ähnliches Verbot. Mit 54 Prozent sind mehr als die Hälfte der Deutschen „voll und ganz“ für ein Verbot der Vollverschleierung in öffentlichen Gebäuden, weitere 20 Prozent haben eine klare Tendenz und sprachen sich „eher“ für solches Verbot aus. Mit 12 Prozent äußerten sich nur etwa ein Achtel der Deutschen ganz oder eher ablehnend, 14 Prozent sagten, sie seien in der Frage unentschieden. Wir Republikaner sprechen uns seit über 30 Jahren für ein Burka-Verbot aus und beschränken es nicht nur auf öffentliche Gebäude.

Polizei aktiver gegen Linksextremismus

Über Jahrzehnte haben es die Altparteien versäumt aktiv gegen Linksextremismus vorzugehen. Überwiegend Programme gegen "Rechts" wurden geschaffen, wobei häufig unklar war, wer überhaupt unter diese pauschale Bezeichnung fällt. Nach den G-20 Krawallen konnte das Problem nicht mehr ignoriert werden. Jetzt nehmen die ersten Landesbehörden der Polizei die linksextreme Szene auch in kleineren Gruppen genauer unter die Lupe. So z.B. in Berlin, wo eine eigene Ermittlungsgruppe für linksextremistischen Straftaten rund um die Rigaer Straße in Friedrichshain gegründet wurde. Damit will die Polizei gezielter gegen Täter vorgehen, die zur Szene aus den früher besetzten Häusern zählen. Die Ermittlungsgruppe ist seit dem 5. August im Landeskriminalamt (LKA) beim Staatsschutz der Polizei, der für politisch motivierte Kriminalität zuständig ist, angesiedelt. In der Umgebung der Rigaer Straße gibt es öfter massive Auseinandersetzungen zwischen Linksautonomen und der

42.000 Sozialwohnungen weniger in nur einem Jahr

Trotz der steigenden Notwendigkeit sinkt die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland kontinuierlich. Auf der anderen Seite steigen besonders in Großstädten die Mieten drastisch und viele Gering- und Durchschnittsverdiener können auf dem freien Wohnungsmarkt keine Bleibe mehr finden. Betroffen sind vermehrt auch Rentner, aufgrund ihrer niedrigen Bezüge.

Der Bestand an Sozialwohnungen in Deutschland schrumpft bereits seit vielen Jahren. Auch im Jahr 2018 fielen deutlich mehr Wohnungen für Bedürftige weg als neu gebaut wurden. Zum Jahresende 2018 gab es fast 42.500 Sozialwohnungen weniger als noch ein

Jahr zuvor. Das ist ein Rückgang von 3,5 Prozent. Diese Zahlen stammen vom Bundesinnenministerium.

In den vergangenen 15 Jahren hat sich die Zahl der Sozialwohnungen etwa halbiert. Insgesamt gab es zum Jahreswechsel noch etwa 1,18 Millionen Objekte. Bei diesen Wohnungen sind die Mieten staatlich reguliert und dadurch vergleichsweise niedrig. Nur Menschen, bei denen die Behörden einen besonderen Bedarf sehen, dürfen dort wohnen.

Zentrales Kriterium ist das Haushaltseinkommen - allerdings sind die Einkommensgrenzen von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich. In der Regel dürfen die Mieter auch dann in der

Sozialwohnung bleiben, wenn sie nach einiger Zeit mehr verdienen. Sozialwohnungen bleiben aber nicht dauerhaft Sozialwohnungen. Nach einer bestimmten Zeit, üblicherweise 30 Jahre, fallen sie aus der Bindung und können normal am Markt vermietet werden. Allein im vergangenen Jahr fielen der Statistik zufolge bundesweit rund 70.000 Sozialwohnungen aus der Bindung, etwa 27.000 wurden neu gebaut. Nach einer Phase ohne viele Neubauten in den 1980er-Jahren werden inzwischen mit staatlicher Förderung wieder vermehrt solche Wohnungen errichtet. Die Anzahl reicht jedoch nicht einmal aus, um die Gesamtbestand konstant zu halten.

Förster für seine politische Tätigkeit vom Land Hessen geehrt



Bert-Rüdiger Förster ist seit 30 Jahren für unsere Partei politisch aktiv und langjähriger, erfolgreicher Kommunalpolitiker in Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis. Alleine bei der letzten Kommunalwahl konnte jetzige Landesvorsitzende für unsere Partei fast 10 Prozent der Stimmen in Hanau erringen. Für seine politische Arbeit wurde er jetzt vom Hessischen Ministerpräsidenten Bouffier mit dem Ehrenbrief ausgezeichnet. Überreicht wurde dieser vom Hanauer Oberbürgermeister Kaminsky. Zahlreiche Glückwünsche erreichten Parteifreund Förster bereits. Herr Förster bedankte sich bei den Gratulanten mit folgenden Worten:

Hallo, liebe Gratulanten, herzlichen Dank für die Glückwünsche und gefeiert wurde auch.

Der Deutsche Schriftsteller Gorch Fock - eigentlich Johann Wilhelm Kinau (1880 - 1916) - hat einmal gesagt: „Du kannst Dein Leben nicht verlängern und Du kannst es auch nicht verbreitern. Aber Du kannst es vertiefen.“ Ich glaube, das habe ich getan, beginnend als 15-jähriger Gruppenführer in der Katholischen Jugend, über Elternbeiratsvorsitzender an zwei großen Schulen und Mitglied im Landeselternbeirat und natürlich in der Politik.

Dass ich das in stabiler Gesundheit durchlebt habe, macht mich dankbar und nährt die Hoffnung, dass es noch ein bisschen so weitergeht. Politisch möchte ich dabei noch einmal der Stadtverordnetenversammlung der dann kleinsten Großstadt Hessens angehören.

In diesem Sinne herzliche Grüße Bert-Rüdiger

Auch der Bundesverband bedankt sich herzlich für sein aufopferungsvolles Engagement, teilte Tilo Schöne mit. Wir wünschen Bert-Rüdiger Förster für die Zukunft weiterhin Gesundheit, viel Kraft und Erfolg. Solche Patrioten sind nicht häufig anzutreffen und stellen das wirkliche Rückgrat unseres Landes dar.

Kommunen erhöhen Gewerbe- und Grundsteuern

Um mehr Geld in ihre Kassen zu spülen, haben auch im vergangenen Jahr wieder zahlreiche Städte und Gemeinden in Deutschland die Grund- und Gewerbesteuern erhöht, wie aus einer aktuellen Analyse des Beratungsunternehmens Ernst & Young (EY) hervorgeht. Dabei gibt es aber regionale Unterschiede. Während etwa im Saarland mehr als jede zweite Kommune vergangenes Jahr die Grundsteuer heraufsetzte, war es in Bayern nicht einmal jede 20-te. Und bei der Gewerbesteuer langten fast 40 % der Kommunen im Saarland stärker zu, in Bayern dagegen nur gut 3 %.

Deutschlandweit ging die Grundsteuer laut Studie 2018 in knapp 11 % der Städte und Gemeinden rauf, die Gewerbesteuer in gut 8 %. Gesenkt wurden beide nur in 0,5 % aller Kommunen.

Polizei und Bundeswehr üben Anti-Terror-Einsätze

Auf der Nordsee haben Hunderte Polizisten die Befreiung eines von Terroristen gekaperten Schiffes geprobt. An der Übung waren auch wieder Soldaten beteiligt. Bereits in der Vergangenheit wurde die stärkere Verknüpfung von Polizei und Bundeswehr angedacht und umgesetzt. Aufgrund der Sicherheitslage ist dieses Vorgehen auch notwendig, denn die Gefahr von Anschlägen ist weiterhin groß. Alleine durch den unkontrollierten Zuwanderungsstrom der letzten Jahre befindet sich eine nicht unerhebliche Zahl von Gefährdern in Deutschland.

Jetzt Republikaner werden



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei: <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Spenden für
Deutschland >



Spendenkonto:

DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,

IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin - V.i.S.d.P. Tilo Schöne

Kontaktaufnahme:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr. Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Mönchengladbach:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: moenchengladbach@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de oder www.sachsen-rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.